

PRESSEINFORMATION

Gordon Schnieder, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung
54. Plenarsitzung, Mittwoch, 6. Dezember 2023

Redebeitrag zum gemeinsamen Antrag
der Fraktionen von CDU und FREIE WÄHLER
„Rolle und Verantwortung von Ministerpräsidentin und Staatskanzlei
bei der Einflussnahme auf die Berichterstattung unabhängiger Medien“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

06.12.2023

*„Passen Sie jetzt genau auf, was Sie sagen!
Wägen Sie ihre Worte!
Ich habe davon gehört!
WIR überprüfen das!“*

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

können Sie sich vorstellen, dass demokratische Politiker so mit Journalisten reden? Können Sie sich vorstellen, dass ein solcher Umgang mit Journalisten von Kollegen aus diesem Plenum so stattgefunden hat? Haben Sie sich vorstellen können, dass diese klaren Worte, die wie eine Drohung klingen, gegenüber einem Mitglied der Landespressekonferenz so gefallen sind?

Liebe Mitglieder der Koalitionsfraktionen: Das ist die Wortwahl, die sie heute decken werden. Das ist die Wortwahl die sie heute verteidigen werden. Erklären Sie es den Kolleginnen und Kollegen, Herr Lewentz, oder haben Sie nicht genau diese Worte am 26. April im Rahmen eines Hintergrundes vor der versammelten Landespresse aus Rheinland-Pfalz zur Einschüchterung oder gar Drohung gegenüber einem der anwesenden Journalisten gebraucht?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Worte sind vermutlich der Beginn, der Beginn eines groß angelegten Einschüchterungsvorhabens, das mit dem SPD-Landesvorsitzenden startete und mit dem schriftlichen Brief von Ihnen, Frau Staatssekretärin Raab, an die Landessenderdirektorin des SWR seinen erbärmlichen Höhepunkt fand. Nicht zur Verteidigung der Landesregierung – sondern zur Verteidigung der Partei, der SPD Rheinland-Pfalz und Ihres Landesvorsitzenden.

Anrede,

es entstand die sogenannte „Briefkopf-Affäre“ – das war der Begriff, der sich in der Öffentlichkeit in den ersten Tagen nach Bekanntwerden des Schreibens von Ihnen, Frau Raab, etabliert hat. Eine Affäre, die sich zu einer handfesten Krise der Regierung entwickelt hat, da es zusehends um mehr ging als nur um die Verwendung eines Briefkopfes.

Zu Beginn haben Sie in der Staatskanzlei noch den Versuch unternommen, das Ganze als ein Missverständnis aussehen zu lassen:

- Den falschen Briefkopf gegriffen,
- einen anderen gab es leider nicht und
- da hat ein Mitglied der SWR-Gremien eine Programmkritik geäußert.

Kurze Zeit später müssen wir feststellen: Ihre Geschichte hat sich mittlerweile schlichtweg als falsch herausgestellt.

Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben sich in der Antwort auf meinen Brief in der vergangenen Woche noch hinter Ihre Staatssekretärin gestellt und dabei auch betont, dass Sie ohne Wenn und Aber zum unabhängigen Journalismus stehen. Diesen unabhängigen Journalismus möchte ich jetzt zu Wort kommen lassen.

So kommentierte Sebastian Stein im Trierischen Volksfreund am 28. November 2023:

„Erst will die Landesregierung mit dem Brief nichts zu tun haben – eine Privatangelegenheit heißt es. Nun plötzlich ging der Brief doch durch die Staatskanzlei. Klar ist, dass Raab sowohl im Medienausschuss als auch im SWR-Landesrundfunkrat Details zum Brief bewusst oder unbewusst falsch dargestellt hat.“

Und weiter: „Die Staatskanzlei tut nun so, als habe Raab mit der Korrektur ihrer Falschaussagen reinen Tisch gemacht. Die fadenscheinigen Erklärungen werfen allerdings mehr Fragen auf, als sie Antworten geben.“ Fragen, Frau Ministerpräsidentin, auf die wir heute von Ihnen eine Antwort erwarten.

Frau Staatssekretärin Raab, Sie haben im Medienausschuss und in den SWR-Gremien wiederholt die gleichen Aussagen getroffen, weshalb ein Versehen oder Missverständnis ausgeschlossen werden kann. Aussagen, die die Ursprungsversion stützen sollten, die Sie und die Staatskanzlei, in Person der Sprecherin der Landesregierung, Frau Bähler, verbreitet haben. Aussagen, die sich mittlerweile als unwahr herausgestellt haben. Auch wenn Sie diese im Nachhinein – auf massiven öffentlichen Druck – korrigiert haben, bleiben die Unwahrheiten bestehen:

- Zur Frage, von wo das Schreiben versendet wurde,
- Zur Frage, ob Ressourcen und Mitarbeiter der Staatskanzlei für Parteizwecke genutzt wurden,
- Zur Frage der Terminfolge und der Darstellung über den Versandverlauf
- Und in Anbetracht der Vorgeschichte von Roger Lewentz auch zur Frage Ihrer Motivation. Vielleicht war er doch kein besorgter Bürger aus Cochem-Zell, sondern eher aus dem Rhein-Lahn-Kreis?

Frau Staatssekretärin, Sie haben mit Ihren Aussagen eindeutig den Ausschuss und damit das Parlament, die SWR-Gremien und die freie Presse zu täuschen versucht! So etwas passiert nicht zufällig oder aus Versehen. Das eine Staatssekretärin, dass eine Landesregierung, das Parlament, die Presse und die Öffentlichkeit vorsätzlich täuscht und selbst wenn sie dabei ertappt wird, es weiter versucht, ist inakzeptabel!

Denn zu keinem Zeitpunkt ist es Ihnen, Frau Raab, bisher gelungen, die Vorwürfe gegen Ihre Person und die Landesregierung zu entkräften – ganz im Gegenteil: Ihr scheinbarweises „Eingestehen“, ein angebliches Missverständnis, belegt Ihre fehlende Einsicht und stellt Ihr Handeln als peinlichen Versuch dar, irgendwie ihre Haut zu retten. Und dabei wird schonungslos Ihr fehlendes Unrechtsbewusstsein für alle erkennbar. Das ist ein trauriger Tiefpunkt der politischen Kultur in diesem Land.

Meine Damen und Herren von der SPD, den Grünen und der FDP: Das sollen Sie heute also alles decken? Wollen Sie das wirklich? Denn der Brief dokumentiert deutlich, wie Sie, Frau Raab, ihre Macht als Mitglied der Landesregierung von Ministerpräsidentin Dreyer einsetzen, um Einfluss zu nehmen und eine Drohkulisse aufzubauen.

Das ist nicht allein unsere Einschätzung oder die der vielen Medien. Auch ein weithin anerkannter Journalismus-Professor der Uni Mainz hat das Schreiben klar als „Einschüchterungsversuch“ eingestuft. Daher werden Sie niemals mehr glaubwürdig für die Unabhängigkeit der freien Medien eintreten können, weil Ihr Eingriffsversuch zugunsten des Parteifreundes Roger Lewentz fortan untrennbar mit Ihrem Namen verbunden ist. Allerdings habe ich Zweifel, ob Ihnen das überhaupt bewusst ist. Denn es gehört zur Hybris der seit mehr als 30 Jahren regierenden SPD zu glauben, man könne sich alles leisten, weil man in alle wichtigen Institutionen vernetzt ist und sie im Griff hat.

So kommentierte Michael Hanfeld in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, ich zitiere:
„Die Mainzer Landesregierung verhält sich so, als gehöre der SWR ihr. Das hat Tradition.“

Wenn wir also heute

- auf das Schreiben von Ihnen schauen, Frau Raab,
- auf Ihre fadenscheinigen Erklärungen, gedeckt durch die Staatskanzlei,
- die vielen ungeklärten Fragen

dann haben wir die Ebene der reinen „Briefkopf-Affäre“ längst verlassen.

Wir reden mittlerweile von einem tiefen Vertrauensbruch, von Täuschung des Parlaments und von gewählten Gremien und von einem grundlegend falschen staats- und medienpolitischen Verständnis dieser Landesregierung. Denn die Causa Raab steht heute nicht nur symptomatisch für eine Landesregierung, die seit vielen Jahren ganz gezielt versucht, sich die Medien gefügig zu machen. Die Causa Raab steht symptomatisch für eine Landesregierung, die inzwischen vollkommen abgehoben und selbstherrlich über der Realität zu schweben scheint.

Die Causa Raab ist nichts anderes als ein Synonym für Machterhalt um jeden Preis, für roten Filz und parteipolitische Vetternwirtschaft. Das ist das Ergebnis von über 3 Jahrzehnten SPD-geführten Landesregierungen. Kurzum: Die SPD führt sich auf, als sei das Land ihre Beute. Und wehe jemand übt Kritik. Dann greifen die entwickelten Machtmechanismen: Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, abhängig Beschäftigte sind diejenigen auf die der größte Druck ausgeübt wird, wenn Missstände angeprangert werden.

Dieses Verhalten entspricht dem Selbstverständnis einer Regierungspartei, die sich inzwischen für unfehlbar hält und der es auch egal zu sein scheint, wie oft sie von den Gerichten ihre Grenzen aufgezeigt bekommt. Mit trauriger Regelmäßigkeit muss nicht zuletzt die Verfassungsgerichtsbarkeit einschreiten und das Regierungshandeln korrigieren:

- verfassungswidrige Besetzung der Spitze des OLG Koblenz (hierzu das BVerwG und das BVerfG 2007/2010),
- verfassungswidrige Regelung der Schülerbeförderungskosten im Schulgesetz (2011)

- mehrfach verfassungswidrige Kommunale Finanzen,
- verfassungswidrige Änderung des Kommunalwahlrechts zur Steigerung des Frauenanteils in kommunalen Vertretungskörperschaften (2014),
- verfassungswidrige Eingliederung der Verbandsgemeinde Maikammer in die Verbandsgemeinde Edenkoben (2015),
- verfassungswidrige Wartefrist im Besoldungsrecht des Landes (BVerfG 2017) oder auch der
- verfassungswidriger Pensionsfonds (2017),
- verfassungswidriger Landeshaushalt 2014/2015,
- rechtswidrige Beförderungspraxis (2020)
- Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Bewertungsregeln bei der Grundsteuer (2023).

Anrede,

jede sonstige Kritik wird versucht klein zu halten. Das passt zu einem Regierungsstil, der in Rheinland-Pfalz immer stärker um sich greift. Nichts darf in der Öffentlichkeit das gewünschte Bild der nur den Bürgerinnen und Bürgern verpflichteten Landesmutter inmitten von treusorgenden Ministern und Ministerinnen trüben.

Kritik am Regierungshandeln oder einzelnen Amtsträgern – sei sie auch noch so gut begründet, ist nicht nur nicht erwünscht, sie wird, soweit es eben möglich ist, unterdrückt, als Einzelfall abgestempelt oder hat Konsequenzen für die Whistleblower:

- Das bekommen Lehrer zu spüren, die offen aussprechen wollen, was in den Schulen los ist, aber durch Gespräche mit der ADD so unter Druck gesetzt werden, dass sie nicht mehr mit Journalisten reden wollen – und schon gar nicht in der Zeitung stehen wollen.

- Das beklagen Polizisten im Gespräch mit Journalisten, wie die jüngste Berichterstattung der Rheinpfalz im Hinblick auf die großen Probleme des Innenministers bei der Inneren Führung innerhalb der Polizei zeigt.
- Das merken Erzieherinnen und Erzieher, die sich aus Sorge um die Betreuungsqualität organisieren, um ihrer Stimme mehr Gewicht zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir erleben inzwischen eine Landesregierung, die – egal, was auch passiert – an nichts Schuld ist, keine Verantwortung für irgendetwas trägt, außer es sind positive Botschaften und erzeugt schöne Bilder. Personelle Konsequenzen werden selbst für offensichtliche Fehler selten und dann nur unter rhetorischen Klimmzügen gezogen. Schuld trägt nie die betroffene Person, sondern die Opposition und die Medien. Und wer nicht der Chefin und ihrer Regierung zujubelt, sondern auch mal Kritik übt, der redet dann eben das Land schlecht.

Anrede,

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.“ So lautet die Eidesformel unserer Verfassung, die ein jeder Ministerpräsident und ein jeder Minister unseres Bundeslandes zu Beginn seines Amtes leistet. Ein Eid der damit für die gesamte Landesregierung steht. Aus unserer Sicht auch für die höchsten Beamten des Landes, ihre Staatssekretäre, Frau Dreyer. Wir fragen uns, ob „unparteiisch“ und zum „Wohl des Volkes“ in Rheinland-Pfalz zu leeren Worthüllen verkommen sind.

Wir wissen – als christlich geprägte Partei –, um die Fehlerhaftigkeit von uns Menschen. Keiner von uns ist frei von Irrtum und Schuld. Und genau das wissen auch die Menschen in unserem Bundesland. Sie, wir alle, sind bereit zu verzeihen. Dann, wenn man sich die Fehler auch eingesteht und sich für sie entschuldigt. Zum richtigen Zeitpunkt – ehrlich, überzeugend und aufrichtig.

Für ein solches Handeln braucht man jedoch Größe, nämlich auch dann Fehler zuzugeben und Konsequenzen zu ziehen, wenn sie nicht

- mit dem eigenen Idealbild,
- zum eigenen Verhalten passen.

Diese Stärke fehlt Ihrer gesamten Regierung. Sie versuchen auch dann noch den schönen Schein Ihrer Partei als über aller Kritik erhaben darzustellen, wenn die Fehler bereits offensichtlich zu Tage getreten sind und die Bühnenbilder in sich zusammenfallen.

(Wir diskutieren die Causa Raab, weil sie mit Ihrer Täuschung und den stattgefundenen Drohungen gezielt die Pressefreiheit angreift. Sie zählt zu den zentralen Fundamenten der Demokratie und gerade wir hier in Rheinland-Pfalz haben da ganz besondere Bezüge, auf die wir stolz sein können:

- Ich erinnere an Joseph Görres, der vor gut 200 Jahren in Koblenz den Rheinischen Merkur aus der Taufe gehoben hat. Man kann ihn mit Fug und Recht als einen der Vorkämpfer für Pressefreiheit und für freie Meinungsäußerung bezeichnen.
- Und ich erinnere an das, was ebenfalls nicht weit von hier 1832 auf dem Hambacher Schloss proklamiert wurde: Die Menschen sind im Kampf um elementare Grundrechte zum Schloss gezogen. Für Pressefreiheit und gegen Zensur war ihre Maxime. Und das gilt bis heute.

Und auf das Hambacher Fest beruft sich auch die SPD sonst gerne mal. Künftig wird da aber immer ein schaler Beigeschmack dabei sein; nicht, weil die historische Leistung geringer geworden wäre, sondern weil die heutige Regierung sich so meilenweit von diesen Idealen und Vorbildern entfernt hat.)

Welches Staatsverständnis hat Ihre Regierung, wenn sie meinen, nach Gutdünken auf die Medien durchgreifen zu können, wenn Sie meinen das Parlament täuschen zu können und dann das Ganze noch als Missverständnis schönreden zu können? Und zwar mit dem Segen der Regierungschefin? Es ist ein Staatsverständnis, das nach unserer Meinung in einer Demokratie nichts zu suchen hat.

Sehr geehrte Frau Dreyer,

Sie hätten viele Tage Zeit gehabt, die Dinge gerade zu rücken. Für Aufklärung zu sorgen. Für Transparenz. Haben Sie überhaupt aufgeklärt und sichergestellt in der Staatskanzlei, dass tatsächlich keine inhaltliche Mitwirkung von dort in das Schreiben der Frau Raab eingeflossen ist? Können Sie das auf Basis einer von Ihnen angeordneten Untersuchung ausschließen? Bei der Tragweite des Verdachts wäre eine solche Aufklärung Ihre Pflicht gewesen – Sie können uns ja gleich die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen erläutern.

Sie hätten zudem die Erklärungen geben können, die Frau Raab bis zuletzt schuldig geblieben ist. Sie hätten Klarheit in der Frage schaffen können, wo Fehler einer Einzelnen enden und möglicherweise die Trennlinie hin zu Ihrer eigenen Verantwortung verläuft.

Stattdessen haben Sie sich das Handeln Ihrer Bevollmächtigten bis heute zu eigen gemacht und unterstützt. Die Causa Raab offenbart ein doppeltes Führungsveragen. Wenn Sie glauben, der halbherzige Rücktritt von den SWR-Ämtern durch Frau Raab reicht aus, irren Sie erneut. Dann haben Sie den Schuss nicht gehört. Es kommt immer auf die Glaubwürdigkeit eines Rücktritts an. Die bisherigen Schritte haben allerdings jede Glaubwürdigkeit vermissen lassen.

Frau Ministerpräsidentin, es ist großer Schaden entstanden:

- Am Vertrauen in das Handeln und die Integrität der handelnden Personen in Ihrer Staatskanzlei,
- in Ihr Bekenntnis für einen freien und unabhängigen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
- und am Verhältnis zwischen Ihrer Regierung und dem Parlament.

Die Zeit kann nicht mehr zurückgedreht werden. Vieles von diesem Schaden ist nicht mehr zu heilen.

Unsere Erwartung an Sie, Frau Dreyer, ist deshalb die Folgende:

- Nutzen Sie heute diese Gelegenheit, die wir Ihnen mit dieser Sondersitzung des Parlaments geboten haben und sorgen Sie endlich für die dringend gebotene Aufklärung – zu den Abläufen in Ihrem Haus und zu Ihrem Wissen in der Affäre Raab.
- Ziehen Sie die notwendigen Konsequenzen:
 - Rufen Sie Frau Raab als Staatssekretärin ab
 - und erklären Sie, wie Sie sicherstellen wollen, dass das Ausüben von Druck durch Ihre Landesregierung auf die Medien hier und heute endet und Täuschungen des Parlamentes nicht geduldet werden.
- Entschuldigen Sie sich bei der Presse, beim Parlament und der Öffentlichkeit und rücken Sie die Dinge gerade.

Andernfalls wird Sie auch diese Angelegenheit über Ihre Amtszeit hinaus wie ein Schatten verfolgen. Es ist an Ihnen, mit viel Licht dafür zu sorgen, dass das nicht passiert.